

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Apartheid und Weltmeinung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1977) : Apartheid und Weltmeinung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 2, pp. 97-108

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135044>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Apartheid und Weltmeinung

Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Schlußwortes zu einem Aufsatzband mit dem Titel „Südafrika – Revolution oder Evolution?“, der von den Professoren H.-D. Ortlieb, Hamburg, und A. Spandau, Johannesburg, herausgegeben wird *). Der Autor setzt sich hier mit den sozialen und politischen Problemen Südafrikas und deren Bewertung durch die westlichen Länder auseinander.

Südafrika scheint heute weniger denn je Chancen zu haben, aus der Strafecke herauszukommen, in die dieses Land von der Weltöffentlichkeit gestellt worden ist, seitdem seine Regierung die Problematik ihrer mehrrassigen Gesellschaft nach dem Konzept einer „getrennten Entwicklung“ lösen will. Dies hat vielfältige Gründe. Sie liegen in der bürgerlichen Unbeweglichkeit und mangelnden intellektuellen Eloquenz, mit der dieses Konzept von seinen Verfechtern bisher propagiert wurde. Schon das Wort Apartheid war ein Mißgriff. Sie liegen mehr noch im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Apartheidpolitik, ein Widerspruch, der die Überzeugungskraft einer jeden Ideologie früher oder später in Frage stellen muß. Sie liegen aber mindestens ebenso sehr darin, daß das Apartheidkonzept in diametralem Gegensatz zu derjenigen Ideologie steht, die heute die Meinung der westlichen Welt unumstritten beherrscht. Und sie liegen schließlich vor allem darin, daß Anerkennung und praktischer Erfolg der Apartheidpolitik, sollten sie sich etwa einstellen, nicht im Interesse der schwarzafrikanischen Regierungen (insbesondere nicht im Interesse revolutionärer Führungsanwärter) liegen würden, die heute über die UNO weit mehr Einfluß auf die Weltmeinung gewinnen, als es ihrer politisch-ökonomischen Macht oder ihrem durch

eigenständige Entwicklungsleistungen erworbenen Ansehen entspricht.

Entstehung der Apartheididee

Die Apartheidpolitik lediglich als Abart eines weißen Rassismus anzusehen und als Ausdruck von autoritärer Überheblichkeit ihrer Vertreter gegenüber anderen Rassen zu disqualifizieren, wird weder allen tatsächlichen subjektiven Motivationen noch dem historischen und realpolitischen Hintergrund des Konzepts einer „getrennten Entwicklung“ gerecht. Die Besinnung der von Natur aus zu einem eigenbrödlerischen Individualismus neigenden bürischen Bevölkerung Südafrikas auf ein eigenes Volkstum war zunächst eine Reaktion gegen den imperialistischen Herrschaftsanspruch der in Südafrika einbrechenden Weltmacht Großbritannien gewesen. Rassische Abgrenzungen gegenüber der einheimischen schwarzen Bevölkerung spielten anfangs eine unbedeutende Rolle. Wichtiger als die biologische Herkunft war ursprünglich die religiöse Identifizierung mit einem Volke, das wie das Volk Israel in eine feindliche Umwelt ausgezogen war, um sich von einer Fremdherrschaft zu befreien und das von Gott selbst bestimmte Land Kanaan zu finden. Das rassische Moment erhielt erst Bedeutung mit der Befürchtung, daß ständige Rassenmischung die Geschlossenheit des Volkskörpers gefährden müßte, eine Gefahr, die sich mit der Zunahme degenerierender „armer Weißer“ noch verschärfte. Zur Gegenideologie versteifte sich die völkische Idee während des bürisch-angelsächsischen Machtkampfes nach dem Leitgedanken: „Die Angelsachsen behaupten, daß man ein Volk aus einer beliebig, selbst einer rassisch bunt gemischten Bevölkerung durch Gesetzgebung machen

*) Heinz-Dietrich Ortlieb und Arnt Spandau (Hrsg.): Südafrika – Revolution oder Evolution? Studien zur Lebenslage der Schwarzen (Verlag Weltarchiv GmbH), Hamburg 1977.

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, 67, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und Direktor des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

kann; (wir) Afrikaaner dagegen wissen, daß das unmöglich ist; (wir) wissen, daß ein Volk eine biologisch-kulturell bedingte Einheit ist. Und (wir) glauben, daß diese Einheiten von Gott geschaffen sind.“ (H. G. Schütte). War für die Engländer das Bekenntnis zur Gleichheit aller Rassen – mehr als Theorie verkündet, denn in der Tagespolitik praktiziert – das ideologische Herrschaftsmittel, um ein großes Weltreich zusammenzuhalten und um speziell in Südafrika den burischen Gegner zu schwächen, so wurde der Apartheidgedanke für die Buren zur Ideologie, um ihr Volk vor Auflösungserscheinungen zu bewahren. Er hatte zumindest in der Theorie nichts mit herrschsüchtigem Rassismus zu tun.

Unzulänglichkeiten der Realisierung

Der Apartheidgedanke kann also durchaus allgemein humanitär gedeutet werden und ist sicherlich von vielen seiner Anhänger auch so gemeint, nämlich als ein auf die Dauer gleichberechtigtes Nebeneinander mit den Bantuvölkern in eigenen Lebensräumen, wenn auch zunächst (und im Hinblick auf den schwierigen Anpassungsprozeß an die Funktionsbedingungen einer modernen arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft zwangsläufig nicht bloß für wenige Jahre und obenhin) unter Anleitung und Hilfestellung der Weißen. Aber mit allen anderen Ideologien erleidet dieser Gedanke das Schicksal, in der Praxis an den Unzulänglichkeiten der Menschen zu scheitern und allzu häufig in sein Gegenteil, hier in engstirnigen Chauvinismus und rassistische Überheblichkeit, umzuschlagen. Um dies zu vermeiden, hätte die Apartheididee in eine Verhaltenslehre für das tägliche Leben umgesetzt, von allen Kanzeln der Kirchen gepredigt und von allen Kanzleien der Regierungsämter mit unmißverständlichen Verordnungen versehen und durchgesetzt werden müssen. Aber dies geschah nicht oder bestenfalls nur gelegentlich und ungefähr. Die Staatsbürokratie war zu bequem und zu unbeweglich, überdies wie die Kirchen – sofern diese nicht ins revolutionäre andere Extrem eines totalen Egalitarismus verfielen – zu konservativ, um den Gedanken der „getrennten Entwicklung“ als etwas zu propagieren und zu praktizieren, was, richtig verstanden, gerade nicht auf die Bewahrung des Status quo hinauslaufen konnte. So haftete dieser Lehre sehr schnell der Leumund an, eine vorwändige Ideologie zu sein, die ganz andere Ziele und Interessen als die vorgegebenen tatsächlich anstrebe.

Die ständige Rücksichtnahme einer demokratischen Regierung auf den Wählerwillen mußte der Praktizierung einer „getrennten Entwicklung“ besonders hinderlich sein, weil der Interessenkonflikt zwischen weißer und nicht weißer Bevölkerung sich bei den ärmeren Schichten der weißen

Arbeiterklasse konzentrierte; und diese stellten und stellen die Masse der Wähler. Mit Rücksicht auf sie blieben gewerkschaftliche Organisationen weißen Arbeitnehmern vorbehalten. Für sie wurde das Problem der „armen Weißen“, die für qualifizierte Berufe untauglich waren, mit Hilfe der „Jobreservation“ gelöst, die nicht weiße Arbeitnehmer von bestimmten Berufen ausschließt. In dieser Frage waren sich Arbeitnehmer angelsächsischer und burischer Abstammung gewöhnlich einig. Dies führte dazu, daß vom Gesamtkonzept der „getrennten Entwicklung“ der Teil „Trennung“ betont, der Teil „Entwicklung der nicht weißen Bevölkerung“ aber vernachlässigt wurde.

Die „kleine Apartheid“

Es bedeutet unseres Erachtens eine unnötige Überspitzung des Trennungsprinzips, die anfangs auch Vorteile haben mochte, auf die Dauer aber das gesellschaftliche Klima verschlechtern mußte, wenn ebenfalls in den „weißen“ Gebieten in Gestalt der „kleinen Apartheid“ eine totale Rassentrennung für das tägliche Leben durchgeführt wurde. Von sich aus hätte das Konzept der „getrennten Entwicklung“, soweit es auf die wirtschaftliche Förderung und kulturelle und politische Eigenständigkeit einzelner Stammesgebiete (Homelands) hinausläuft, nicht die „kleine Apartheid“ für die weißen Gebiete unvermeidlicherweise zur Folge haben müssen. Im Gegenteil hätte jenes Entwicklungsziel zur Förderung des Kulturwandels eher eine mindestens formale Gleichstellung von Weiß und Schwarz im beruflichen und außerberuflichen Umgang miteinander verlangen müssen.

Es hätte so die sich zuspitzende Opposition derjenigen nicht weißen Minderheiten vermieden werden können, die willens und in der Lage waren, ebenso gut wie die Weißen Funktionen in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft zu übernehmen.

Eine andere Frage ist, ob es für die Praktizierung des Apartheidkonzepts überhaupt einen Sinn hatte, auch für die Gruppen der Coloureds (Mischlinge) und Asiaten, für die keine eigenen Homelands vorgesehen waren, eine „Trennung“ durchzuführen. Von den Coloureds haben viele burische Vorfahren; und schließlich sind beide Gruppen bereits überwiegend den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft angepaßt.

Welche Gründe man auch gehabt haben mag, den Coloureds und Asiaten die politische Gleichberechtigung zu verweigern, ja sogar bereits gewährte Zugeständnisse ihnen wieder zu entziehen – eine entscheidende Rolle hat sicherlich die Furcht der regierenden nationalen Mehrheitspartei gespielt, daß diese farbigen Minderheiten sich

mit ihren Stimmen überwiegend auf die Seite der angelsächsischen Gegner der Apartheidpolitik schlagen würden. Offensichtlich hat der burisch-angelsächsische Gegensatz mehr noch als bei der Entstehung bei der Durchsetzung der Apartheid-idee eine unheilvolle Rolle gespielt, die um so verderblicher war, als die angelsächsische Kritik sich nicht bemühte, die Apartheidpolitik ins pragmatisch Vernünftige zurechtzurücken, sondern dazu neigte, sie einfach ideologisch in Bausch und Bogen zu verdammen.

Unangemessener Industrialisierungsprozeß

Noch in anderer Hinsicht ist der Machtkampf zwischen jenen beiden Gruppen der weißen Bevölkerung der Realisierung der Apartheidideologie hinderlich gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Buren durch Wahlsiege die politische Macht gewonnen und gefestigt. In der Wirtschaft dominierten aber nach wie vor die Angelsachsen. Obwohl von ihrem Ursprung her mehr im agrarischen Bereich zuhause und in ihrer Mehrheit dementsprechend dem kapitalistischen Industrialisierungsprozeß gegenüber argwöhnisch, kam man auf burischer Seite nicht an der Tatsache vorbei, daß die politische Macht auf die Dauer auf schwachen Füßen stand, wenn man zur politischen nicht auch die wirtschaftliche Macht hinzugewönne. So beteiligte man sich zunehmend am Industrialisierungsprozeß des Landes, wobei man vor allem das staatswirtschaftliche Element zu fördern suchte. Dadurch trugen aber auch die Buren dazu bei, daß immer mehr schwarze Arbeitskräfte aus den Bantustans in weiße Wirtschaftsräume gezogen wurden und sich so die Arbeitsteilung zwischen Schwarz und Weiß dort immer stärker verschränkte. Die Apartheididee hat aber, soweit sie ein geschlossenes Volkstum der Afrikaner (Buren) propagiert und auch für die großen schwarzafrikanischen Volksgruppen vorsieht, im Grunde

einen ausgesprochen asketischen, ja antikapitalistischen Grundzug. Sie läuft mehr auf wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit als auf unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum hinaus. Eine dieser Ideologie entsprechende Industrialisierungspolitik hätte daher einer wirtschaftlichen Entwicklung Südafrikas nach kapitalistischem Muster wirkungsvoll entgegenzutreten müssen, da eine solche Entwicklung unvermeidlich zur lokalen Ballung ökonomischen Potentials führt. Vielmehr hätten nach einer quantitativ ausreichenden Festlegung der einzelnen Homelands die Schwerpunkte der agrarischen und industriellen Förderungspolitik dezentralistisch auf diese Homelands konzentriert werden müssen.

Jedenfalls hätte die industrielle Entwicklung der Homelands mindestens im Gleichschritt mit derjenigen der „weißen“ Gebiete erfolgen müssen, sollte das vermieden werden, was heute die Apartheidpolitik in eine ausweglose Situation geführt zu haben scheint, sollte nämlich verhindert werden, daß früher oder später die Zahl der in die weißen Gebiete strömenden Wanderarbeiter diejenige der in den Homelands Beschäftigten überstieg. Eine solche Wirtschaftspolitik wäre aber sehr kostspielig gewesen, sie hätte den Kapitalbildungsprozeß verlangsamt und das Grundübel, das fast alle Entwicklungsländer kennzeichnet, noch verstärkt: sie hätte nämlich die Gefahr noch vergrößert, daß die wirtschaftliche Entwicklung dem Bevölkerungswachstum nicht zu folgen vermag. Ob sich auf diese Weise soziale Spannungen hätten vermeiden lassen, mag füglich bezweifelt werden. Eine demokratisch gewählte Regierung jedoch hätte sich bei einer solchen Politik kaum im Sattel halten können. Da man aber – wenn auch nur unter Einschluß der weißen Bevölkerung – nun weiter den freiheitlichen Weg des kapitalistischen und demokratischen Systems des Westens gegangen ist – und auch wohl gehen mußte –, ließ es sich nicht vermeiden, daß

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg über
die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

Jahresbezugspreis DM 90,-

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

wirtschaftliche Ballungszentren mit schwarzen Arbeitermassen entstanden, von denen immer weniger eine echte Chance haben können, in ihren meist zu kleinen Homelands ein berufliches Unterkommen zu ihren Lebzeiten zu finden.

Bei alledem kann nicht gelehnet werden, daß ökonomisch gesehen Südafrika bisher erfolgreicher als die schwarzafrikanischen Länder war, wenn man etwa die Einkommenshöhen, die schulische oder medizinische Versorgung der schwarzafrikanischen Bevölkerung zum Maßstab nimmt. Wer mehr erwartet, läßt außer Betracht, von welchen Voraussetzungen die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes und seiner Gesellschaft abhängig ist.

Zur Problematik der Einkommensverteilung

Wie so vieles in der westlichen Kritik an Südafrika trifft die pauschal diffamierende Behauptung, die schwarze Bevölkerung würde dort durch schmarotzende Weiße ausgebeutet, nicht die wirklichen Verhältnisse. Für die Problematik der gerechten Einkommensverteilung in einer Gesellschaft gibt es keine eindeutigen und schon gar nicht exakt anwendbare Kriterien. Für Südafrika könnte man den einseitig Privilegierten allenfalls diejenigen Weißen zuordnen, die ohne die „Jobreservation“ ihren Arbeitsplatz an Nichtweiße verlieren würden oder die über die für alle geltenden Mindestlöhne hinaus (bzw. dank staatlich festgesetzter Gehälter) für die quantitativ und qualitativ gleiche Leistung höhere Einkommen als Nichtweiße erhalten.

Bei gleicher Art der Tätigkeit ohne weiteres gleiche Leistung bei schwarzen und weißen Arbeitnehmern vorauszusetzen, ist ebenfalls eine häufig zu hörende Voreiligkeit westlicher Kritiker. Wenn dem so wäre, ließe sich nicht ausreichend erklären, weshalb sich schwarzafrikanische Länder mit der Konkurrenz auf den Weltmärkten so unendlich schwer tun. Gute betriebliche Organisation vorausgesetzt (!), sind schwarze Arbeitskräfte mindestens zeitweilig zu gleichen, bei bestimmten Arbeiten mit monotoner oder stark physischer Beanspruchung sogar zu höheren Leistungen als Weiße fähig. Dies ist aber keineswegs die Regel. Jeder europäische Besucher kann dies tagtäglich schon beim Haus- und Hotelpersonal beobachten. Auch ist die Kontinuität der Arbeitsleistung bei den Schwarzen häufig ungewiß. Höhere Entlohnung führt nicht selten zu ungleichmäßiger Arbeitsbereitschaft und Arbeitsleistung. Gerade dann kann es aber bei gleicher Entlohnung schwarzer Arbeitskräfte zu einseitiger Privilegierung kommen.

Im Hinblick auf die Einkommensverteilung ist vor allem folgendes zu berücksichtigen: Die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft ist in

erster Linie die Leistung einer kleinen Minderheit von Organisatoren, Erfindern, Technikern und Unternehmern gewesen, welche die Neuerungen des technischen und organisatorischen Fortschritts im wirtschaftlichen und politischen Bereich durchführten. Selbst in der Marx'schen Lehre ist der technische Fortschritt, die sogenannten Produktivkräfte, der eigentlich treibende Faktor in der geschichtlichen Entwicklung. Er ist aber dort eine anonyme Größe, dessen Entstehungs- und Wirkungsweise bei Marx nicht näher analysiert wird. Die Anhänger dieser Lehre und ihre liberalen und egalitären Mitläufer, die heute auch im Westen die öffentliche Meinung beherrschen, übersehen daher allzu leicht, daß ganz bestimmte Menschen mit ganz bestimmten Fähigkeiten und Motivationen hinter jenen treibenden Kräften standen und heute noch stehen. Das Vorhandensein solcher Menschen kann aber nicht überall als selbstverständlich angenommen werden. Ohne den produktiven Beitrag solcher Minderheiten wäre Europa kaum über mittelalterliche Zustände hinausgelangt. In Südafrika wurde die Rolle der Entwicklungseliten von europäischen Einwanderern übernommen, die über die seit Generationen erarbeiteten Kenntnisse und Fähigkeiten Europas verfügten und dementsprechend auch berechtigtermaßen einen Lebensstandard nach europäischem Muster erwarteten. Es lag für sie zunächst kein Grund vor, die schwarzen Arbeitskräfte höher zu entlohnen, als es dem Lebensstandard im schwarzen Stammesverband entsprach. Auch in Europa war der hohe Lebensstandard der Massen nicht sofort gegeben. Hier mußte ein Kapitalbildungs- und -anpassungsprozeß vorausgehen, der viele Generationen in Anspruch nahm. Heute vergessen wir dies allzu gern und gehen fälschlicherweise davon aus, daß wir uns alles in unserer eigenen Generation selbst erarbeitet hätten.

In Südafrika schieben sich zwei Kulturen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsvoraussetzungen ineinander. Ohne Rücksicht darauf erhebt man aber, je mehr der Entkolonialisierungsprozeß weltweit fortschreitet, desto nachhaltiger Anspruch auf wirtschaftliche Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung, ganz gleich, wie weit der dafür erforderliche Anpassungsprozeß schon gelungen ist. Eine überstürzte Einkommensangleichung der schwarzen und weißen Bevölkerung würde zunächst für die Schwarzen eine mäßige Erhöhung, für die Weißen eine starke Senkung der Realeinkommen zur Folge haben. Die Nivellierung der Einkommen müßte die Kapitalbildung verringern und die leistungsfähigsten weißen Bevölkerungsteile zur Auswanderung veranlassen, während das schon heute zu rasche Wachstum der schwarzen Bevölkerung mindestens vorübergehend bis zum wirtschaftlichen Zusammenbruch noch beschleunigt würde. Es würde sich dann

ohne Krieg und ohne blutige Revolution ein ähnlicher wirtschaftlicher Kollaps ergeben, wie wir ihn heute in Angola und Mozambique schon vorfinden; und ein Neuanfang der Entwicklung würde vor den gleichen Schwierigkeiten stehen, die uns aus den besonders rückständigen schwarzafrikanischen Ländern bekannt sind.

Verliefe der Entwicklungsprozeß wie bisher weiter, ohne durch reaktionäre oder revolutionäre Politik behindert zu werden, so würde sich eine Anpassung der Einkommen in dem Maße von selbst ergeben müssen, in dem mit der Kapitalbildung die Zahl der Arbeitsplätze, deren Wahrnehmung qualifiziertere Ansprüche stellt, zunimmt und das Leistungsangebot der Schwarzen sich dem der Weißen angleicht. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sich die Ausbildung der Schwarzen dem wirtschaftlichen Bedarf anpaßt und daß deren Bevölkerungszunahme sich in den notwendigen Grenzen hält. Die Jobreservation, die schon heute in der Privatwirtschaft Südafrikas immer stärker durchlöchert wird, läßt sich nicht aufrechterhalten, weil auf qualifizierte schwarze Arbeitskräfte schon heute gar nicht mehr verzichtet werden kann. Dies wäre allerdings ein Anpassungsprozeß, der wesentlich länger dauern würde, als es der vom Westen weitgehend unterstützten Ungeduld schwarzer Revolutionäre entspräche, höchstwahrscheinlich aber nicht so lange, wie die selbständigen schwarzafrikanischen Länder nach den bisher vorliegenden Erfahrungen tatsächlich brauchen werden.

Anarchistischer Zeitgeist

Nicht die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis des Apartheidkonzepts und nicht die Unzulänglichkeiten in der Propagierung dieser Idee sind es jedoch in erster Linie gewesen, die zur Diffamierung Südafrikas in der Weltöffentlichkeit geführt haben. Die weiße Regierung dieses Landes schnitte in der Weltmeinung heute kaum besser ab, wenn es ihr gelungen wäre, die Quadratur des Zirkels halbwegs zu lösen und die aufgezeigten Mängel der Apartheidpolitik weitgehend zu vermeiden. Es gab viele Ideologien in der Weltgeschichte, und es gibt sie heute noch, bei denen Theorie und Praxis mindestens ebenso sehr wie bei der Apartheid auseinanderfallen, die nichtsdestoweniger weltweite Anerkennung fanden oder noch finden. Südafrika konnte dies für seine Vorstellungen von einer „getrennten Entwicklung“ in einer mehrrassigen Gesellschaft nicht erwarten, weil hinter dieser Ideologie nicht die Macht einer großen Bevölkerungszahl und eines entsprechenden militärischen Potentials steht und weil dieses Konzept sich in völligem Gegensatz zu dem allgemeinen Trend der heute vorherrschenden Weltideologien befindet. Denn die theoretischen Endzielvorstellungen sowohl des westlichen Libera-

lismus als auch des östlichen Kommunismus sind anarchistischer Natur. Dabei verstärkt sich dieser Trend im Westen noch dadurch, daß hier im Gegensatz zum Osten anarchistische Theorie und Praxis in immer stärkerem Ausmaß zusammenfallen, wenn auch das praktische Ergebnis zu etwas ganz anderem führt, als in der Theorie angenommen wird.

Gegen „law and order“

Diese sich als progressiv ausgebende Zeitströmung wird im Westen von einer nihilistisch-utopistischen Ideologie beherrscht, nach der nicht nur im Rückblick auf die Vergangenheit, sondern hinsichtlich der bestehenden Verhältnisse Ordnung und Macht schlechthin etwas Böses oder zumindest etwas Hinderliches sind, was Menschen und Völker verdirbt oder sie doch in ihrer Entfaltung behindert. Dementsprechend sollen Menschen und Völker, die nicht als etwas historisch Gewachsenes, sondern lediglich als ein Produkt ihrer derzeitigen Umwelt angesehen werden, durch die Emanzipation von den bestehenden Verhältnissen auch von ihren eigenen Unzulänglichkeiten befreit werden können. Daraus ergibt sich folgerichtig die Maximierung von Freiheits- und Gleichheitsansprüchen aller Menschen. Es wird nicht mehr nach den Bedingungen von Wohlfahrt, Freiheit und Gleichheit im Zusammenleben der Menschen gefragt und nicht mehr danach, ob Menschen und Völker bereit und fähig sind, diese Bedingungen zu erfüllen, bzw. wie sie dazu gebracht werden können, dies zu tun. An die Stelle der pflicht- und verantwortungsbezogenen Leistungsgesellschaft, in der bestimmte Ordnungs- und Kontrollfunktionen unvermeidlich sind, tritt die verantwortungslose Anspruchsgesellschaft, der auf politischem Gebiet die Gefälligkeitsdemokratie entspricht. Die Ursachen und die sich verstärkenden Wechselwirkungen dieser Dekadenz in der westlichen Welt sind vielfältiger Natur. In besonderem Maße wirkt sich in den spätkapitalistischen Gesellschaften die feindschaftliche Symbiose zwischen Kommerzialisierung und anarchistischem Intellektualismus aus. Denn bei der Bildung des öffentlichen Bewußtseins haben in einer freien und kommerzialistisch orientierten Gesellschaft diejenigen Intellektuellen auch kommerziell am meisten Erfolg, die den Menschen angenehme und bequeme Vorstellungen von den sozialen Existenzbedingungen verkaufen. Gebieten oder verbieten darf man ihnen mit Rücksicht auf die „Freiheit des Geistes“ sowieso nichts mehr; und alle Versuche einer wirksamen Selbstkontrolle müssen ohne allgemein anerkannte Orientierungswerte und ohne Sanktionsmöglichkeiten notgedrungen scheitern. Vergessen wird dabei, daß die Maximierung von Freiheit und Gleichheit nur dann die Existenz einer Gesellschaft nicht gefähr-

det, wenn alle ihre emanzipierten Mitglieder die gleiche Auffassung von ihren sozialen Pflichten haben und auch bereit und fähig sind, sie zu erfüllen. Diese Vergeßlichkeit führt dann dazu, daß man sich immer mehr daran gewöhnt, Freiheit mit Pflicht- und Gewissenlosigkeit zu verwechseln. „Law and order“ aber werden nicht einmal mehr als „notwendige Übel“ für selbstverständlich gehalten, geschweige denn, daß sie als Garanten der Freiheit und des „Glücks“ der Menschen erkannt und anerkannt werden.

In dem Maße, in dem sich dieser Geist in den westlichen Ländern durchsetzt und auch ihre Führungselite zur Anpassung zwingt, müssen ihre Völker, die nun „Gesellschaften“ heißen, immer unregierbarer werden; und die Gefahr des Machtmißbrauchs durch einige wenige schlägt um in die Gefahr, daß alle alle auszubeuten beginnen. Dies läßt sich besonders deutlich machen am Modewort „unterprivilegiert“ und an der Tatsache, daß es in den westlichen Gesellschaften zunehmend zu einer Perversion des Leistungsmaßstabes kommt.

Die Privilegierung der „Unterprivilegierten“

Wenn man heute für bestimmte Gruppen mehr Mitbestimmung und mehr Einkommen verlangt, spricht man gewöhnlich nicht vom Abbau bestimmter Privilegien anderer Gruppen, sondern von der Beseitigung des Unterprivilegiertseins. Mit diesem Wort kennzeichnet man bereits unbewußt den Gesellschaftszustand, den man anstrebt und den man offenbar ohne existenzgefährdende Folgen für realisierbar hält. Das Wort von den Unterprivilegierten läßt nämlich erkennen, daß man aus einem übermächtigen Gleichheitsstreben heraus jedes Gefühl für den notwendigen Zusammenhang von Rechten und Pflichten in einer Gesellschaft verloren hat, daß man statt dessen nur noch neidvoll an die Rechte der anderen denkt, an ihren möglichen Mißbrauch, an dem man sich oder andere auch beteiligen möchte. Denn wer sich oder andere als unterprivilegiert, d. h. als zu wenig bevorzugt, bezeichnet, verlangt mit der Beseitigung dieses Zustandes mehr Vorrechte, Vorrechte vor den anderen, denen gegenüber er sie mißbrauchen kann. Die Gesellschaft, in der alle privilegiert, d. h. alle bevorzugt wären, könnte nur die Anti-Leistungsgesellschaft sein, in der alle sich wechselseitig ausbeuten dürften, etwa eine neue Art von Volkskapitalismus oder eine Schlaraffengesellschaft, in der niemand diszipliniert zum Dienst für andere mehr verpflichtet ist.

Mit solchen Leitfiguren kommt es auch zu einer Perversion des Leistungsmaßstabes. Leistung wird nicht mehr gemessen an einer ordnungsgemäßen Funktionserfüllung, sondern an der Solidarisie-

rungsbereitschaft und am Solidarisierungseffekt, wozu kaum differenzierte individuelle Fähigkeiten erforderlich sind. Im Gegenteil! Da dieser Solidarisismus mit der Leistungsschwäche des einzelnen wächst (denn je leistungsschwächer ich bin, desto stärker bin ich auf Solidarisierung angewiesen!), kommt hier ein Prozeß in Gang, der für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit freiheitlicher Gesellschaften nur abträglich sein kann. Dieser Prozeß steht in Wechselwirkung zu einer einseitig ausgerichteten Diffamierung von Macht und Machtmißbrauch. Da eindeutige Klassenstrukturen immer weniger bestehen, läuft die Gruppensolidarisierung zunehmend auf einen rational kaum noch bestimmbar prinzipiellen Solidarisismus „mit unten“ und „gegen oben“, wo auch immer, hinaus. Einsatz und Existenz von Macht und Ordnung werden nicht mehr, wie es sich für eine funktionsfähige Gesellschaft gehört, dort für berechtigt gehalten, wo gesellschaftliche Funktionen wahrzunehmen sind, und dort für unberechtigt angesehen, wo sie für solche Funktionen bedeutungslos sind oder gar deren Wahrnehmung verhindern. Entscheidend ist allein, ob Macht für vermeintliche, meist kurzfristige und einseitig gesehene Interessen „unterprivilegiertes“ Gruppen verwendet bzw. ob sie gegen alte Ordnungsmacht eingesetzt wird. Nur dann wird sie noch als berechtigt anerkannt.

Es ist unvermeidlich, daß solche inneren gesellschaftspolitischen Entwicklungen der westlichen Völker ihre Entsprechungen in deren Außen- und Weltpolitik finden müssen. Das gilt besonders für den Umgang mit Entwicklungsländern; denn diese Länder gehören zu den „Unterprivilegierten“, und Unterprivilegiertsein ist ein Zustand, dessen Weiterbestehen für die westliche Welt infolge ihrer egalitären Leitbilder schlechthin ein Ärgernis ist, das beseitigt werden muß, ganz gleich, was die Beseitigung für ungewollte Konsequenzen haben mag.

Daß die Entwicklung der westlichen Völker immer mehr „Freiheit für alle“ mit sich gebracht hat, ist im Lichte einer christlichen oder säkularisiert-humanitären Ethik, nach der man den Nächsten lieben soll wie sich selbst, sicherlich als fortschrittlich anzusehen. Nur müssen wir uns in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts bereits fragen, ob mit der permissiven Egalisierung, wie sie sich in der Praxis durchsetzte, nicht auch der Abbau von „law and order“ bzw. die Entfunktionalisierung gesellschaftlicher Einrichtungen so weit fortschreitet, daß sich die Ausmaße der neuen Freiheit bereits gegen diejenigen wenden, die angeblich begünstigt werden sollen. Das gilt auch für die Entkolonialisierung Afrikas, die nicht zuletzt als eine Folgeerscheinung des innenpolitischen Emanzipationsprozesses der westlichen Völker verstanden werden kann.

Es ist ein allgemeines Entwicklungsgesetz, welches gleichermaßen für die Emanzipation einzelner Menschen, sozialer Gruppen und Völker gilt, daß der Abbau autoritärer paternalistischer Bevormundung den „Befreiten“ nur hilft, wenn die letzte Phase solcher Herrschaft mit Erfolg für die Vorbereitung auf eine selbständige Existenz verwendet wird. Dies ist um so wichtiger, je größer die Anforderungen sind, welche die natürliche und soziale Umwelt an die Menschen stellt. Fehlt eine solche Vorbereitung, dann erweisen sich die Befreiten als existenzunfähig und geraten in neue Abhängigkeiten oder gehen zugrunde. Das ist wohl der Hauptgrund, weshalb Revolutionen, an ihren vorgegebenen Zielen gemessen, meist scheitern, selbst wenn sie zu einem Herrschaftswechsel führen.

Überstürzte Entkolonialisierung

Diese Übergangs- bzw. Vorbereitungsphase ist den afrikanischen Völkern von ihren ehemaligen Kolonialmächten vorenthalten worden. Teils waren diese ihrer immer kostspieliger werdenden kolonialen Verantwortung müde geworden, teils gaben sie dem zunehmenden ideologischen Druck in der Welt und im eigenen Lande nach. Um einen humanitären und progressiven Anschein bemüht, zogen sie sich eiligst aus ihren ehemaligen Schutzgebieten zurück.

Mit der überstürzten Entkolonialisierung sah man sich nun gezwungen, die Gestaltungsmacht an eine einheimische Führungsschicht abzutreten, die erst in Andeutungen vorhanden war. Dies waren überwiegend Intellektuelle, die zum Teil an abendländischen Hochschulen studiert hatten und sich dort entweder die kommunistische oder liberalistische Version des Egalitarismus mehr oder weniger zu eigen gemacht hatten und diese Ideologie zur „Befreiung“ ihrer Heimat benutzten, um sich selbst an die Macht zu bringen. Wie antikolonialistisch die neue Machtelite sich aber auch gebärdet und wie sehr sie gelegentlich auf den Eigenwert ihrer einheimischen Kultur bestehen mag, es bleibt ihr aus machtpolitischen Gründen gar nichts anderes übrig, als auch für ihr Volk das europäische Kulturmuster zu übernehmen, mindestens soweit es Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt und damit für die Sicherung der eigenen Position zu sein scheint. Damit befinden sich die neuen Machthaber zwangsläufig in einer Front mit jenen weißen Intellektuellen, die im Westen zunehmend die ideologische Bühne beherrschen. Da in Afrika immer weniger fremde autoritäre Gewalten zu bekämpfen sind, mußte zunächst die Vergangenheit herhalten; und die koloniale Vergangenheit bietet besonders günstige Angriffspunkte. Da ist vor allem die rassistische Überheblichkeit der alten Kolonialherren,

die besonders den Schwarzafrikanern die kulturelle Gleichwertigkeit abgesprochen und sie für schlechthin nicht entwicklungsfähig erklärt haben. Mit Recht empört über so viel ideologische Verbohrtheit in der Vergangenheit, verfällt man nun aber für die Gegenwart und Zukunft in das andere Extrem. Man vergißt die mühselige abendländische Geschichte, die zur modernen Zivilisation des Westens geführt hat, und man übersieht, daß Gleichwertigkeit noch nicht Gleichartigkeit bedeuten muß. Dafür bauscht man die schädigenden Wirkungen der kolonialen Herrschaft auf und leugnet alle konstruktiven Leistungen der Kolonialpolitik. Jedoch löst man damit keine praktischen Probleme, die sich nicht zuletzt gerade daraus ergeben, daß die Entwicklungsländer die wirtschaftlichen Erfolge der Industrieländer zum Maßstab ihrer eigenen Politik machen.

Innerafrikanische Gegensätze

Die Bindung der neuen schwarzafrikanischen Machthaber an abendländische Entwicklungs- und Verhaltensmuster mußte innerafrikanische Gegensätze aufreißen. Da sind einmal jene einheimischen Intellektuellen, die bemerkten, daß Kultur nicht identisch mit abendländischer Zivilisation und wirtschaftlichem Wachstum ist und daß die besonderen kulturellen Begabungen der Schwarzafrikaner in einer ganz anderen, z. B. musischen Richtung zu suchen sind. Nicht zufällig wurde von ihnen der deutsche Kulturforscher Leo Frobenius, der ein hohes Lied von der schwarzafrikanischen Kultur gesungen hat, wiederentdeckt. Politisch wichtiger ist aber der Gegensatz zu den alten Machthabern, den Stammeshäuptlingen und denjenigen politisch ambitionierten Intellektuellen, die ihren Kontakt zu den eigenen Großfamilien benutzen, um für ihren politischen Aufstieg traditionale Bindungen einzusetzen. Gerade afrikanische Traditionen aber sind einer rationellen Organisation des politischen und wirtschaftlichen Lebens nach europäischem Muster nicht gerade förderlich. Der „Tribalismus“, der Einfluß, der vom Stammesleben auf Erziehung, Bildung und wirtschaftlichen Fortschritt ausgeht, ist von Entwicklungsexperten sicherlich mit Recht als entscheidendes Hemmnis beklagt worden, das besonders der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika im Wege steht. Aber wollen die Schwarzafrikaner nichts anderes, als auf Gedeih und Verderb unsere Zivilisation kopieren, oder sollen sie es nur deshalb wollen, weil es in die Ideologie ihrer neuen Elite paßt, die den „Tribalismus“ nicht nur als Beschränkung ihrer Gestaltungsmacht, sondern ebenso sehr als Behinderung ihrer Willkürherrschaft ablehnt?

Was ungeduldige Kritiker der traditionellen Bindungen heute weniger denn je zu erkennen ver-

mögen, ist, daß diese Bindungen an das Stammesleben auch Ordnungs- und Orientierungsfaktoren enthalten. Wenn die Doktrinäre unter den westlich orientierten Individualisten und den östlich orientierten Kollektivist, die jeweils auf libertine oder egalitäre Art von einer anarchistischen Utopie träumen, glauben, in Afrika durch eine radikale Auflösung der Stämme am fortschrittlichsten wirken zu können, so irren sie. Die Folge wäre eine totale Entwurzelung aller Afrikaner, ohne daß damit der für eine neue Gesellschaft erforderliche Anpassungsprozeß vollzogen wäre. Die Menschen würden auch dann noch über Generationen in den alten Bahnen weiterhandeln und denken, aber desorientiert und demoralisiert nicht in der Lage sein, sich in einer neuen Ordnung völliger Freiheit oder totalen Zwangs zu rechtzufinden.

Im übrigen lehrt die bisherige Erfahrung, daß eine Industrialisierung schwarzafrikanischer Länder – ob auf der Grundlage einer kapitalistischen oder kommunistischen Ordnung – mit der Vernichtung der Stammeswirtschaft noch keineswegs gleichzeitig für alle Betroffenen ausreichend neue wirtschaftliche Existenzmöglichkeiten anbieten kann. Diese Problematik zeigt sich schon heute am Beispiel der Slums in den großen schwarzafrikanischen Städten. Dort hängen sich ganze Trauben beschäftigungsloser Menschen an die wenigen Familienangehörigen, die Lohnarbeit gefunden haben, obwohl die auf diese Weise Schmarotzenden meist in ihren alten Stammesgebieten nach wie vor ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Bezeichnenderweise befinden sich unter den Arbeitslosen viele Halbintellektuelle, die nicht zuletzt darum keine Arbeit haben, weil sie sich weigern, eine Beschäftigung anzunehmen, die unterhalb ihres neu erworbenen „Bildungsstandes“ liegt. So hat schon manch arbeitsamer Handwerker den Renommier-Intellektuellen seiner Familie mit zu unterhalten.

Hier wird ein entscheidendes Problem der Bildungspolitik deutlich. In Schwarzafrika kommt es nicht in erster Linie darauf an, das Analphabetentum zu beseitigen und die höhere Schulbildung zu fördern. Das wäre relativ leicht. Viel entscheidender ist, daß für Berufe gebildet und ausgebildet werden können, die später auch tatsächlich ausgeübt werden können. Genau an dieser Stelle liegt übrigens auch das Hauptproblem der Ausbildung Schwarzer in Südafrika. An einer ausreichenden Intelligenz der Schwarzafrikaner für eine allgemeine Schulbildung nach europäischem Muster mit oder ohne eigenständige afrikanische Variante ist nicht zu zweifeln. Offen bleibt immer noch „lediglich“ die Frage, ob sie auch in der Lage sind, (bzw. wie lange sie dazu brauchen, um) die organisatorischen und technischen Fertigkeiten

zu erwerben, ohne die eine moderne Industriegesellschaft und eine rationalisierte Landwirtschaft sich nicht entwickeln und erhalten lassen.

Das Revolutionäre ist Trumpf

Manche afrikanischen Staatschefs haben inzwischen wohl begriffen, daß man wegen der vielfältigen Schwierigkeiten, die der unvermeidliche Kulturwandel mit sich bringt, mit einem maßhaltenen Entwicklungstempo vorlieb nehmen muß und daß nicht nur Stagnation, sondern auch Rückschläge immer wieder unausbleiblich sein werden. Aber wer will dies schon offen zugeben und sogar als unvermeidlich rechtfertigen? Gerade bei der afrikanischen Mentalität kann Enttäuschung allzu schnell in totale Introversion und Passivität umschlagen.

In Schwarzafrika hat sich im Verlaufe einer allzu überstürzten Entkolonialisierung die Entwicklungsproblematik inzwischen so zugespitzt, daß es allzu nahe liegt, in revolutionärer Aggressivität die Flucht nach vorn zu versuchen und in den restlichen weißen Enklaven einen Sündenbock und Ersatzfeind zu finden, der von den eigenen Problemen ablenkt. Ja, man wird dahin geradezu gedrängt, da nicht nur der Osten, sondern auch der die öffentliche Meinung der westlichen Welt beherrschende Zeitgeist diesen Fluchtweg zu empfehlen scheint.

Zur anarchistischen Zeitströmung des Westens gehört, daß Revolutionäre grundsätzlich eine sentimental moralische Überbewertung erfahren. Niemals hat es in der Geschichte mehr Freiheit und Gleichheit als in der heutigen westlichen Welt gegeben; aber gerade darum ist dort ein degenerierendes Establishment nicht mehr fähig und willens, seine Ordnungsfunktionen zu erfüllen und die eigene Macht zu verteidigen und einzusetzen. So kann jeder, dessen neurotischer Selbsthaß in Haß gegen das Bestehende schlechthin umgeschlagen ist, als progressiver Kritiker in die revolutionäre Pose oder herostratische Aktion drängen. Läßt man dies schon für die eigene Welt gelten, so muß es erst recht dem „unterprivilegierten“ Schwarzafrika zugestanden werden. Dabei wird die geschichtliche Erfahrung geflissentlich außer acht gelassen, daß Revolutionen nicht schlechthin befreien, sondern zunächst nur zu einem Herrschaftswechsel führen und daß entscheidend daher allein die Frage sein kann: Ist die neue Herrschaft besser als die alte? Doch diese Frage interessiert nicht mehr, wenn Revolution und Herrschaftswechsel zum Selbstzweck geworden sind. Es interessiert nicht, ob die Masse der Schwarzafrikaner selbst mehr Freiheit, Gleichheit und Wohlstand gewinnen, als sie bisher hatten. Wichtig ist allein, daß die alte Herrschaft so schnell und so vollständig wie möglich abgelöst

wird, ganz gleich, welche Folgen dies für die nach wie vor Beherrschten in Zukunft haben mag.

In einer solchen Atmosphäre blüht der Weizen für Alles-oder-Nichts-Revolutionäre. Dagegen haben diejenigen schwarzafrikanischen Politiker einen schlechten Stand, die begriffen haben, daß ein überstürzter und totaler Machtwechsel ihren Ländern und Völkern wenig bekömmlich sein kann. Ehe sie es sich versehen, geraten sie in den Verdacht, Kollaborateure der Weißen zu sein und dem Fortschritt des eigenen Volkes im Wege zu stehen. Es gehört für sie dann eine große, durch persönliches Ansehen und möglichst durch militärische Macht fundierte Selbstsicherheit dazu, den eigenen konstruktiven Vorstellungen treu zu bleiben und nicht ins revolutionäre Lager überzulaufen. Dies um so mehr, wenn sie feststellen müssen, daß wohl kurzfristig revolutionäre Aktionsprogramme vom Osten, aber keine langfristigen evolutionären Vorhaben vom Westen Unterstützung erfahren, ja daß sogar auch der Westen alles tut, um das revolutionäre Lager zu begünstigen, indem er gegen das eigene Interesse und das der Masse der Schwarzafrikaner mit zweierlei Maß mißt und allen Revolutionären, die Führungsanspruch erheben, jeden Machtmißbrauch zugesteht oder ihn geflissentlich ignoriert.

Hat Südafrika noch eine Chance?

Südafrika ist in einer fatalen Lage. Es rächt sich nun der leichtfertige Optimismus, mit dem man dort von Anfang an die Probleme unterschätzte, die sich bei der Durchführung des Apartheidkonzepts ergeben mußten. Auch glaubte man, noch allzu viel Zeit zu haben. Zwar schätzte man die weltstrategische Bedeutung eines weißen Südafrikas für die westliche Welt zweifellos realistisch ein. Doch verkannte man, wie schnell unter dem Einfluß permissiver Ideologien der Selbstverteidigungswille im Westen dahinschwand und warum dort dementsprechend der ideologische Gegensatz zu Südafrika politisch wirksamer als das Interesse der westlichen Länder an eigener weltpolitischer und rohstoffwirtschaftlicher Existenzsicherung werden mußte. Nachdem die Flucht aus der machtpolitischen Verantwortung schon in den fünfziger Jahren am Entkolonialisierungsstil erkennbar geworden war und durch das amerikanische Debakel in Vietnam eine unaufhaltsame Verstärkung erfahren hatte, war nicht anzunehmen, daß diese Flucht des Westens ausgerechnet vor Südafrika haltmachen würde, vor einem Südafrika, das so wenig verstand, die Weltmeinung als eigenständigen Machtfaktor einzukalkulieren und auf sie Rücksicht zu nehmen. Viel eher entsprach es ihrem Fluchtweg, daß die westlichen Mächte nicht begreifen wollten, welche klägliche Rolle sie trotz oder gerade dank des Stils ihrer Entkolonialisierungs- und Entwicklungspolitik in

Schwarzafrika spielten und daß ihnen die Opferung der restlichen „weißen Enklaven“ in Afrika nur weitere Verachtung einbringen konnte. Wer nicht mehr fähig und gewillt ist, an sich selbst zu glauben und Führung und Verantwortung zu übernehmen, der vermag mit Opfern genausowenig Konstruktives auszurichten, wie er auch seine eigenen Interessen nicht mehr wahrzunehmen weiß.

Opfer und Verzicht sind dann nur noch Symptome der eigenen Kompaßlosigkeit, die es den westlichen Mächten unmöglich macht, die Lage Südafrikas realistisch zu sehen. So fällt es auch bei uns in Westdeutschland heute schwer (oder man ist sogar uninteressiert) zu begreifen, daß eine weiße Regierung in Südafrika Versäumtes, wenn überhaupt, heute nur noch dann nachholen kann, wenn sie volle politische, notfalls sogar militärische Rückendeckung durch den Westen erhält. Denn unter den derzeit gegebenen Verhältnissen um und in Südafrika birgt jedes innenpolitische Zugeständnis an die schwarze Bevölkerung, d. h. an deren von draußen und drinnen zur Macht drängende Führungsanwärter, die Gefahr in sich, als Zeichen der Schwäche mißdeutet zu werden. Selbst der längst überfällige Abbau zweifelhaftester Privilegien wird dann zum Auslöser für aggressive Provokationen und Übergriffe sowie für unrealistische Ansprüche von Alles-oder-Nichts-Revolutionären. In der Bundesrepublik sollten wir eigentlich aufgrund unserer jüngsten Erfahrungen mit der Demokratisierungspolitik in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft begriffen haben: Gerade eine Politik, die mehr Gleichberechtigung durchsetzen will, darf sich keine Permissivität leisten. Gerade sie bedarf starker Ordnungskräfte, die wirkungsvoll gegen jeden Macht- und Freiheitsmißbrauch vorgehen, von welcher Seite er auch kommt. Wieviel mehr gilt dies für eine mehrrassige Gesellschaft im heutigen Afrika. Die Erfahrungen in Mozambique und Angola haben genauso wie die neuerlichen in Rhodesien und Namibia gezeigt, daß bereits der Machtkampf zwischen Schwarz und Weiß begleitet wird von einem Machtkampf zwischen schwarzen Führungsgruppen und daß von diesen die radikalsten die Sieger zu sein pflegen, zumal wenn sie durch Terrororganisationen von außen unterstützt werden.

Unter solchen Umständen können subversive Kräfte von den alten Ordnungsmächten schon gar nicht mit der gleichen Großzügigkeit wie in der westlichen Welt behandelt werden, da dann jede Reformpolitik Gefahr liefe, in eine alles zerstörende Revolution umzuschlagen; und in Südafrika wäre gerade auch zum Schaden der schwarzen Bevölkerung noch weit mehr zu zerstören als in den ehemals portugiesischen Gebieten. Die Unruhen, die sich in Soweto und in anderen süd-

afrikanischen Städten ereigneten, haben deutlich werden lassen, wie wenig die westliche Welt in der Lage ist, eine solche Situation realistisch zu sehen. Solche Unruhen aktivieren stets einen chaotischen Bodensatz der Bevölkerung, dessen Zerstörungswut mehr Schaden den „Unterprivilegierten“, deren Interessen man wahrzunehmen vorgibt, als der Ordnungsmacht zufügt. Eine Regierung muß dann alles tun, um Mord und Zerstörung nicht noch weiter um sich greifen zu lassen. Es spricht nicht gerade für die Urteilsfähigkeit der Massenmedien und gewisser kirchlicher Kreise in Westdeutschland, wenn diese solche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung als unmenschliche Gewalttaten weißer Minderheiten interpretieren, aber verschweigen, daß diese Vorgänge überhaupt nur bekannt wurden, weil Südafrika eine freie Presse besitzt, und daß man über ein Land, in dem schwarze Revolutionäre die Herrschaft angetreten haben, überhaupt nichts mehr erfährt.

Obwohl unter der weißen Bevölkerung Südafrikas inzwischen die Einsicht in die vielen schwerwichtigen Fehler der Vergangenheit gewachsen ist, macht die Reaktion des Auslandes und nicht zuletzt der westlichen Welt mit ihrer subversiven Wirkung auf die innere Situation in Südafrika es der dortigen Regierung fast unmöglich, die versäumten Reformen zügig nachzuholen. Wie viel auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nachzuholen bzw. richtigzustellen ist, haben wir im ersten Abschnitt darzustellen versucht. Aber auch die reformwilligste Regierung darf über ihre Reformpolitik nicht die Macht aus der Hand verlieren; gerade sie darf den weißen Führungsanspruch nicht aufgeben.

Eine südafrikanische Stellungnahme

In der Dezembernummer 1976 berichtet die Afrika-Post unter der Überschrift: „Woher die schwarze Unzufriedenheit?“ über eine Stellungnahme der South Africa Foundation. Wir geben diesen Bericht bei wenigen Kürzungen im Wortlaut wieder:

„Nach den Unruhen in den schwarzen Satellitenstädten Südafrikas sind Schwarz und Weiß dort auf der Suche nach den tieferen Ursachen der Unzufriedenheit. Die South Africa Foundation in Johannesburg hat die Ergebnisse solcher Gewissensforschung in ihrem Nachrichtenblatt vom September 1976 einmal zusammengestellt und zählt die Beschwerden der Schwarzen, aber auch der internationalen Öffentlichkeit auf, die ohne Gefährdung des weißen Führungsanspruchs behoben werden könnten.

Weißer Paternalismus: für die Schwarzen ist Eigenverantwortung für ihre Angelegenheit ein unmittelbares Erfordernis... Die Weißen versuchen weiterhin für Schwarze zu tun, was Schwarze selbst für sich tun können. Da den Schwarzen eine verantwortliche Mitwirkung an zu treffenden Entscheidungen verwehrt ist, wird vorläufig nur eine unzureichende Zahl von ihnen

für ihre künftigen verantwortlichen Aufgaben ausreichend ausgebildet...

Autoritäres System: Südafrika ist eine autoritäre Gesellschaft, diejenigen, welche Entscheidungen treffen, konsultieren selten die von ihren Entscheidungen Betroffenen. Wenn eine Konsultation stattfindet, werden die Empfehlungen der Schwarzen meistens mißachtet... Die gegenwärtige westliche Denkweise ist durch ein starkes Gleichheitsgefühl gekennzeichnet, dessen Merkmal eine wachsende Ungeduld gegenüber Privilegien und Autorität ist, gleichviel welcher Herkunft. In dieser Atmosphäre möchten die westlichen Regierungen sich nicht dem Risiko einer offenen Zusammenarbeit mit Südafrika aussetzen.

Verhalten des Auslandes zur Politik der getrennten Entwicklung: Die Situation war so lange zu verteidigen, wie die Welt einen sozialen Fortschritt in diesem Lande erwarten konnte. Informierte Kritiker verlangten nur, daß die getrennte Entwicklung gerecht sein solle. Die Politik der getrennten Entwicklung sollte mutig präsentiert und ihre Gerechtigkeit nachgewiesen werden. Ungerechte Aspekte sollten korrigiert werden. Das Konzept der getrennten Entwicklung ist nur vertretbar, wenn seine Gerechtigkeit bewiesen werden kann.

Südafrikanisches Bürgerrecht für städtische Schwarze: Den städtischen Schwarzen das zu entziehen, was sie als ihr Geburtsrecht betrachten, nämlich das südafrikanische Bürgerrecht (Staatsangehörigkeit), und es durch die Staatsangehörigkeit eines Heimatlandes zu ersetzen, ist völlig unannehmbar für viele urbanisierte Schwarze Südafrikas und erzeugt in der Tat eine sehr weitgehende Verbitterung...

Eigentumsrechte im städtischen Bereich: Schwarze haben dieselben Vorstellungen von einer Mittelklasse wie Weiße und dasselbe Bedürfnis für häusliche Sicherheit. Eine gefestigte Mittelklasse (Bürgertum) übt in jeder Gesellschaft einen stark stabilisierenden Einfluß aus...

Freie Betätigung für schwarze Geschäftsleute: Schwarze werden durch die Gesetzgebung diskriminiert, indem ihnen ihr Recht auf freie Konkurrenz verweigert wird. Die Entfaltung der Wirtschaft wird ständig als lebenswichtiger Faktor gegen schwarze Massenarbeitslosigkeit unterstrichen. Die Schwarzen sollten aber mehr sein als nur Empfänger von Arbeitsplätzen. Sie sollten ein Teil des Systems sein, das diese Arbeitsplätze schafft. Eine besser entwickelte schwarze gewerbliche Klasse würde viel zur wirtschaftlichen Leistung des Landes beitragen.

Kostenfreier Schulzwang für Schwarze: Die große Masse der Schwarzen legt starkes Gewicht auf die Erziehung. Beschränkter Zugang zur Erziehung erzeugt Frustration...

Einfluß gemäßigter schwarzer Führer: Die Unterlassung von Konsultationen mit gemäßigten schwarzen Führern oder die Nichtbeachtung ihrer Ratschläge führt mit Sicherheit zu einer Schwächung ihres Einflusses bei ihren eigenen Leuten. Die Schwarzen werden überall ihre Blicke statt auf die gemäßigten auf die militanten richten, da nur von diesen Erfolge zu erwarten sind.

Stärkung persönlicher Identität unter den städtischen Schwarzen: Die Zerstörung der persönlichen Identität (Persönlichkeit) infolge der Monotonie des Lebens der Stadtschwarzen... führt zu einem völligen Verlust persönlicher Verantwortlichkeit beim hohen Prozentsatz der städtischen Schwarzen.

Persönliche Freiheiten: Im nationalen und im internationalen Bereich werden viele diskriminierende Gesetze einschließlich derjenigen über Beschränkung der Bewegungsfreiheit, der Freiheit der Arbeitssuche und Wahl des Wohnorts und über die Immoralität als inhuman,

als nicht vom Rassismus unterscheidbar und einfach als grausam empfunden.

Das sind harte Worte der South Africa Foundation. Aber die Zeit, die Südafrika im neuen Jahre durchzumachen hat, wird auch hart sein, und so hätte es keinen Sinn, den Ernst der schwarzen Unzufriedenheit zu beschönigen. Reformen müssen kommen, und zwar sehr bald.“

Problem der politischen Gleichberechtigung

Es fällt auf, daß offenbar auch die South Africa Foundation in diesem Zusammenhang nicht die Einführung eines gleichen politischen Stimmrechts für die schwarze Bevölkerung nennt. Dies ist verständlich; denn gleiches Stimmrecht würde bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen nicht nur eine rein schwarze Regierung zur Folge haben, sondern auch bei der gegenwärtigen politischen Hochspannung sofort oder doch mit geringer Verzögerung dazu führen, daß bei einem solchen Wahlsystem radikale Demagogen an die Macht kämen, die – wie wir es schon in anderen schwarzafrikanischen Ländern erlebt haben – mit der Devise „Wählt uns, und ihr könnt leben wie die Weißen!“ die größten Erfolge bei zunächst freien Wahlen hätten; abgesehen davon, daß höchstwahrscheinlich Stammeskämpfe ausbrechen würden, wie wir sie in Angola erlebt haben und in Rhodesien wieder erleben werden.

Man sollte sich keiner Täuschung darüber hingeben: das Problem der politischen Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung nach dem Prinzip „Ein Mann – eine Stimme“ bei der Bildung einer zentralen Bundesregierung läßt sich in Südafrika nicht von heute auf morgen lösen. Ohne eine längere Zwischenphase wird sich kein gangbarer Weg ausfindig machen lassen. Ein Mehrkammersystem könnte sich als Möglichkeit anbieten. Auch könnte von Bedeutung sein, welche Formen demokratischer Selbstregierung sich in schwarzafrikanischen Ländern herausbilden werden. Auf jeden Fall wird dies alles weit mehr als eine Generation in Anspruch nehmen

müssen. Dem entgegen steht die auch vom Westen selbst geschürte Ungeduld revolutionärer Bewegungen.

Wenn diese Kennzeichnung der Lage richtig ist – und sie ist es unseres Erachtens mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit –, dann ist eine friedliche Lösung in Südafrika nur möglich, wenn die Regierungen der westlichen Völker endlich realistische Vorstellungen über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten von der Weiterexistenz einer mehrrassigen Gesellschaft in Südafrika gewinnen und wenn sie vor allem auch solchen Vorstellungen gemäß handeln, d. h. wenn sie sowohl ihre Feindseligkeit als auch ihre Passivität gegenüber Südafrika aufgeben.

Südafrika ist mehr denn je auf die außenpolitische Unterstützung durch den Westen angewiesen. Der Westen könnte deshalb mehr denn je Einfluß auf die Innenpolitik Südafrikas nehmen, d. h. seine Regierungen könnten in ein ständiges Gespräch mit der südafrikanischen Regierung darüber eintreten, was an inneren Reformen realiter sinnvoll und möglich ist. Dazu gehörte aber auch ein Einschwenken der öffentlichen Meinung in den westlichen Ländern; denn die Regierungen sind hier nicht selten schon zu Sklaven der öffentlichen Meinung geworden. Doch gerade an dieser Stelle liegt der Hund begraben! Solange die westlichen Völker nicht begreifen, daß sie mit ihrem Marsch zur totalen Egalität und Libertinage in ihren eigenen Gesellschaften auf dem ideologischen Weg zur totalen Selbstzerstörung sind, werden auch ihre Regierungen nicht in der Lage sein, sich von falschen ideologischen Maßstäben zu befreien und eine realistische Afrikapolitik zu betreiben. Die Afrikapolitik des Westens wird als abhängige Variable zunehmend von der gesellschaftlichen Entwicklung der westlichen Völker selbst bestimmt. Auch für diese gilt zwar das Wort Hölderlins: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, doch scheint es mehr als zweifelhaft zu sein, ob ihre Regierungen noch bereit und fähig sind, das Rettende zu finden.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Wolfgang Michalski, Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l)

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski, Dipl.-Vw. Hubert Höping (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Renate Schletz, Dipl.-Vw. Klaus-peter Zanzig

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:

Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzeigen: Generalvertretung Dr. Hans Klemen

Anzeigenprelliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,– (Studenten: DM 30,–)

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Otto Schwitzke, Hamburg

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 500

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen. Copyright by Verlag Weltarchiv GmbH.